

„Piratenpartei“

Schüler früher an Politik heranzuführen

In einer Pressemitteilung erinnert die „Piratenpartei“ daran, dass dieses Jahr Gemeindewahlen stattfinden.

Dabei würden viele Jugendliche zum allerersten Mal ihre Stimme abgeben. Schülern und Studenten werde es allerdings, wie am Beispiel der geplanten „Semester-Reform“ zu sehen, sehr schwierig gemacht, an aktuellen politischen Diskussionen teilzunehmen. Die Piratenpartei fordert deshalb, dass Demokratie Einzug in die Schulen hält und Schülern und Studenten die Möglichkeit gegeben wird, ihre Interessen zu vertreten.

Jugendliche dürften bei ihrer ersten Wahlbeteiligung nicht ins kalte Wasser geworfen werden. Es reiche beispielsweise nicht, im Sekundarunterricht erst auf 2^e eine Stunde „Instruction civique“ zu lehren, um Jugendliche an das komplexe Thema der Demokratie und Politik heranzuführen. Für die Schüler, die bereits das Wahlalter erreicht haben, sei dies auch schlicht zu spät, denn nur einen Monat nach Schulbeginn seien bereits Wahlen.

Demokratie leben

Deshalb fordert die Piratenpartei, Schüler und Studenten fächerübergreifend aktiv am Schulbetrieb mitentscheiden zu lassen. „Demokratie muss gelebt werden, um sie zu verstehen“, sagt Claude Feltgen, Präsidiumsmitglied der Piratenpartei. „Vor allem in der Schule muss die Demokratie den Jugendlichen nähergebracht werden.“

Die Piratenpartei fordert außerdem, dass bei zukünftigen Reformen im Bildungssektor Schüler, Studenten sowie das Lehrpersonal ihre Einschätzungen vor jeder Entscheidung abgeben können.

„Schüler, Studenten und das Lehrpersonal dürfen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden“, sagt Claude Feltgen weiter. „Im Gegenteil: Eine erfolversprechende Reform des Bildungswesens kann nur durch eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Personen durchgeführt werden!“

Proche-Orient

Conférence avec Dominique Vidal

Le Comité pour une paix juste au Proche-Orient invite à une conférence que Dominique Vidal donnera à Luxembourg ce jeudi 31 mars à 19.30 heures à l'Institut Saint-Jean (110, avenue Gaston Diderich, Luxembourg) sur un enjeu central du conflit israélo-palestinien: la ville de Jérusalem. Il sera accompagné de deux femmes palestiniennes engagées dans la résistance populaire: Muna Mousa Hasan et Sharihan Hannoun.

Le titre de la conférence sera „Main basse sur Jérusalem. Les instruments d'une colonisation“.

Dominique Vidal est journaliste français (*Révolution, La Croix, Monde diplomatique*). Spécialiste et historien du Proche-Orient, Dominique Vidal a dédié plusieurs livres au conflit.

Integrationspolitik

Da ist mehr drin

Claude Molinaro

In Sachen Integration ist Luxemburg nur mittelmäßig. Das sagt die neueste Mipex-Studie, die gestern von der ASTI vorgestellt wurde.

„Migrant Integration Policy Index“, kurz Mipex genannt, ist eine internationale Studie, die 31 Länder (EU27, Kanada, Norwegen, Schweiz und USA) auf ihre Integrationsbemühungen für Immigranten aus Drittländern in Bereichen wie Familienzusammenführung, politische Partizipation, Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und Langzeitaufenthaltsrecht hin analysiert.

Die erste Feststellung der Studie ist die, dass eine langjährige Tradition als Immigrationsland keine Garantie dafür sei, dass das jeweilige Land auch eine fortschrittliche Integrationspolitik betreibe, erklärte Jan Niesen, Direktor des „Migration Policy Group“, der Organisation, die die Studie durchführte, der Presse gegenüber. Luxemburg sei hierfür ein gutes Beispiel: Als traditionelles Einwanderungsland werde seine Integrationspolitik allgemein nur als mittelmäßig eingestuft. Die fünf fortschrittlichsten Länder seien Schweden, Portugal, Kanada, Finnland und die Niederlande. Luxemburg folge erst auf Rang elf.

Besonders wird für Luxemburg das Integrationsgesetz von 2008 hervorgehoben, welches das OLAI („Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration“) ins Leben rief. Allerdings sei das Hauptinstrument des OLAI, ein Integrations-Vertrag, den der Einwanderer abschließen können soll, immer noch nicht verfügbar.

Negative Noten gibt es auch für Luxemburgs restriktive Zulassungsbestimmungen zum Arbeitsmarkt. Immigranten aus Drittländern ist der Zugang zu



Foto: Tageblatt-Archiv/Martine May

Die Einschulungsbemühungen für Immigrantenkinder werden gelobt

den Posten der öffentlichen Verwaltung ganz untersagt.

Schwieriger Zugang zum Arbeitsmarkt

Überhaupt sei es sehr schwierig für jemanden aus einem Drittland, hierzulande eine Arbeit zu suchen. Falls die Person nicht gerade ein hoch qualifizierter Fachmann sei, müsse er sich von seinem Heimatland aus um einen Arbeitsvertrag bemühen; erst wenn er diesen habe, könne er einen Visa-Antrag stellen.

Verbessert hat sich in den vergangenen Jahren die Praxis der Familienzusammenführung. So kön-

nen Migranten ihre Nächsten nun nach einem Jahre Aufenthalt im Großherzogtum zu sich einladen, um hier gemeinsam zu leben. Allerdings erhalten Ehepartner aus Drittländern erst nach drei Jahren Aufenthalt in Luxemburg eine eigene Aufenthaltsgenehmigung, die nicht an den einheimischen Ehepartner gebunden ist. Positiv bewertet Mipex die öffentliche finanzielle Unterstützung für Nicht-Luxemburger in der Zivilgesellschaft.

Im Vergleich mit den anderen Ländern erhält Luxemburg unterdurchschnittliche Noten, was die Maßnahmen gegen Diskriminierung angeht. Es gebe kaum praktische Hilfe für Diskriminierungsopfer. Negativ wird eben-

falls die Tatsache bewertet, dass Kandidaten für die Einbürgerung nun sieben Jahre, anstatt vorher fünf, im Lande leben müssen, um die Staatsbürgerschaft zu beantragen. Zum Glück gebe es noch die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft und die Einführung des Geburtsortprinzips. Die Prozeduren seien zwar schneller geworden, aber auch komplizierter, kritisiert Mipex.

Besser als in den meisten anderen Ländern seien die Bemühungen, Immigrantenkinder in den Schulbetrieb zu integrieren.

Die vollständige Studie finden Sie hier www.mipex.eu

Biomonitoring

Gefahren erkennen, ehe sie schaden

Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo plädiert für eine aktive Gesundheitspolitik. Luxemburg will nicht „nur“ an der Ausarbeitung von EU-Direktiven mitwirken, sondern auch bei ihrer praktischen Durchführung mitmachen.

„Die Projekte 'Cophes' und 'Democophes' im Bereich des sogenannten 'Biomonitoring' sollen Zeugen des Dynamismus des

Großherzogtums in Sachen Gesundheitsvorbeugung sein.“ Das Biomonitoring soll die Belastung des menschlichen Körpers mit Schadstoffen messen. Die Messverfahren in Europa seien jedoch nicht einheitlich, sodass man keine vergleichbaren Daten über die Schadstoffbelastungen erhalte,

erklärte gestern Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo. Ein Aktionsprogramm sieht eine Harmonisierung bis 2014 vor.

Das „Cophes“-Projekt soll helfen, eine zuverlässige Informationsbasis über die Schadstoffe in Europa aufzubauen.

Während die klassischen Studien den Einfluss der Menschen auf die Umwelt analysierten, untersuchten moderne Studien, zu denen „Cophes“ und „Democophes“ gehörten, den Einfluss der Umwelt auf den Menschen, betonte Marc Fischer vom LNS („Laboratoire national de santé“). Man erforsche nicht mehr, ob man Schadstoffen ausgesetzt sei oder nicht. Vielmehr werde jetzt ermittelt, welche Menge von welchem Schadstoff vom menschlichen Organismus aufgenommen werde. Man gehe weiter als die klassische Toxikologie. Dort würden lediglich kurze Expositionen einzelner, hoch dosierter, bekannter Substanzen analysiert. Die neue Herangehensweise jedoch studiere die Folgen von Langzeitaussetzungen kleinerer Dosen von einer oder mehreren toxischen Substanzen, erörterte Fischer weiter.

te der Fünfziger habe man Blei als Schadstoff eingestuft und seine Nutzung eingeschränkt, unter anderem bei den Wasserleitungen und dem Treibstoff. Seitdem habe die Bleibelastung sich drastisch reduziert.

Die Jagd auf die Schadstoffe geht weiter. Ab diesem Jahr nehmen die Forscher Blei, Kadmium, Phtalate, Aconitine und Kreatinine unter die Lupe. Zu diesem Zweck werden in 27 Ländern 120 Probanden gesucht: 60 Kinder zwischen sechs und elf Jahren und ihre Mütter im Alter zwischen 20 und 45 Jahren. Analysiert werden Urin- und Haarproben. 24 EU-Mitglieder sowie Kroatien, die Schweiz und Norwegen beteiligen sich am Projekt. Lediglich die Niederlande, Malta und Lettland nehmen nicht an „Democophes“ teil. Die Niederlande hat ihr eigenes Projekt gestartet. Die Projekte kosten die EU etwa sieben Millionen Euro.

In Luxemburg sind das Nationale Gesundheitslaboratorium (LNS), die „Initiative Liewensufank“ und das öffentliche Forschungszentrum Gabriel Lippmann Hauptansprechpartner bei diesen Projekten. Aber auch diverse NGOs, wie Akut – die Gruppe beschäftigt sich mit der Umwelttoxikologie und deren Auswirkungen auf die Gesundheit – werden in das Projekt mit eingebunden. rh

Biomonitoring

Unter diesem englischen Begriff, übersetzt Bio-Überwachung, versteht man die Bestimmung von Schadstoffen, ihrer Stoffwechselprodukte und deren im Organismus an Proteine oder an die DNA gebundenen Formen. Das Biomonitoring stellt so eine Möglichkeit dar, den einzelnen Menschen vor den Wirkungen gesundheitsschädlicher Stoffe zu schützen.

Durch Bio-Überwachung kann die aufgenommene Schadstoffdosis erfasst werden. Moderne Analysemethoden ermöglichen es,

Schadstoffe in sehr geringen Konzentrationen zu erfassen. Viele Metalle, organische Lösungsmittel, Pflanzenschutzmittel, aromatische Amine und aromatische Nitroverbindungen, polykondensierte aromatische Kohlenwasserstoffe und andere Stoffe können so gemessen werden. Nach ersten Anfängen in den 30er-Jahren hat das Biomonitoring seit den 60er-Jahre in der Arbeits- und Umweltmedizin ständig an Bedeutung gewonnen.

Quelle: Wikipedia

Politik beeinflussen

Die Resultate der Studien sollen die politischen Entscheidungen beeinflussen, so der Minister. Als Beispiel wurde Blei genannt. Mit